

Abstimmung 7. März

Sollen in der Stadt die Steuern sinken?

Sagt das Stimmvolk Ja, bezahlen die Stadtzuger künftig 3 Prozent weniger. Im Gegenzug wird eine Reserve angeknabbert.

VON YVONNE ANLIKER

Das Thema Steuern gehört zum Kanton Zug wie die Kirschtorte. Nachdem nun die Stimmberechtigten innert weniger Jahre mehrmals an die Urne gerufen wurden, um kantonal darüber zu entscheiden, steht jetzt diesbezüglich wieder einmal eine Abstimmung in der Stadt Zug an. Denn der Grosse Gemeinderat (GGR) hat während der Beratung des Budgets 2010 auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission den

**ABSTIMMUNG
7. März 2010**

Steuerfuss um 3 Prozent auf 60 Prozent gesenkt. Dagegen wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Im Referendumskomitee vertreten sind die städtische SP und Alternative, die Junge Alternative, die Juso Zug und der Gewerkschaftsbund Zug.

Keine Rabatte mehr

Seit dem Jahr 2007 gilt in der Stadt Zug ein Steuerfuss von 63 Prozent. Genauer: Zug hat eigentlich einen Steuerfuss von 70 Prozent, gewährt darauf aber einen Rabatt von 7 Prozent, was schliesslich zum besagten Steuerfuss von 63 Prozent führt. Die Stadt kennt seit dem Jahr 1999 dieses System mit einem Steuerfuss und einem jährlich neu festgelegten Steuerrabatt. Der Grosse Gemeinderat hat nun an seiner Budgetsitzung Ende vergangenen Jahres zum einen dem Rabattsystem den

Tiefe Steuern – ein Gütesiegel

Steuern sind Mittel, die der Souverän der Stadt Zug zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellt. Diese Mittel sind zweckgerichtet einzusetzen, sie dürfen nicht gespart werden. Trotzdem haben sich in der Steuerausgleichsreserve 110 Millionen Franken angehäuft. Dieses Geld «auf der hohen Kante» ist den Bürgern schrittweise zurückzuerstatten. Mit der Steuerfussenkung von 3 Prozent werden der Steuerausgleichsreserve 4 Millionen Franken entnommen. Das Budget 2010 bleibt ausgeglichen, gesunde Stadtfinanzen sind gewährleistet.

Zug betreibt keinen Leistungsabbau – im Gegenteil: Für die Familien zum Beispiel ist ein Ausbau des Angebots vorgesehen. Die Nettoinvestitionen in die Infrastruktur von 30 Millionen Franken pro Jahr werden nicht tangiert. Die Gegner sprechen von Steuerdumping, von dem nur Reiche profitieren. Fakt ist, dass durch die Steuerprogression einkommensstarke und vermögende Bürger einen überproportional hohen Anteil für die Leistungen des Wohlfahrtsstaates zahlen. Das ist zu würdigen.

Ohne diese Steuersenkung werden die Wohnungsmieten keinen Rappen günstiger. Machen wir die Steuern nicht zum Sündenbock, und packen die Herausforderungen da an, wo sie

sich stellen. Den Wohnungsbau fördern wir mit Gebieten für preisgünstige Wohnungen in der Zonenordnung und der Ermöglichung von

PRO

**Karl Kobelt,
Gemeinderat FDP**



Projekten von Wohnbaugenossenschaften, Korporation und Bürgergemeinde wie etwa aktuell in der Herti.

Jugendliche und ältere Menschen werden nicht aus der Stadt gedrängt. Der Jugend werden wir durch viele Angebote in Kultur und Sport gerecht. Pflegebedürftige Menschen sollen in der Stadt Zug wohnen bleiben können. Der Bau des Alterszentrums Frauensteinmatt trägt diesem Anspruch Rechnung.

Es ist ein Gütesiegel, wenn ein Gemeinwesen von seinen Bürgern nicht mehr Mittel als nötig verlangt und sie massvoll besteuert. Sind wir dankbar, dass nach drei Jahren wieder eine kleine Steuerfussreduktion möglich wird. So bleibt für alle mehr Geld im Portemonnaie. Deshalb Ja zur Steuerfussenkung!

Rücken zugekehrt. Zu kompliziert und veraltet, hiess es. Zum anderen eben wurden trotz heftiger Gegenwehr der linken Fraktionen die Steuern gesenkt. Mit neu 60 Prozent würde die Stadt im Vergleich mit den anderen Gemeinden auf den dritten Platz vorstossen, lediglich Walchwil (56 Prozent) und Baar (58

Prozent) hätten noch einen tieferen Steuerfuss.

Kleines Minus

Die vom GGR beschlossene Steuerreduktion von 3 Prozent führt zu Mindererträgen für die Stadt. Der Stadtrat spricht von voraussichtlich rund 8 Mil-

lionen Franken, wovon 4,3 Millionen Franken im laufenden Jahr wirksam werden. Damit Zug nun diese Senkung abfedern, das heisst, Ende dieses Jahres gemäss Budget eine ausgeglichene Rechnung präsentieren kann, werden 4 Millionen Franken aus den sogenannten Steuerausgleichsreserven entnom-

Nein zu unsozialem Steuerdumping

Kein anderer Kantonshauptort kennt derart tiefe Steuern wie Zug, vor allem für Einkommen ab 150 000 Franken. Ergo leben in keinem anderen Kanton im Verhältnis so viele Millionäre wie in Zug. Kein Wunder, wenn Sie da als Normalverdiener keine Wohnung mehr finden. Denn die ruinöse Zuger Steuerpolitik treibt die Immobilienpreise in schwindelerregende Höhen.

Deshalb ziehen seit 2006 immer mehr Zugerinnen und Zuger weg: Mit minus 9,4 Prozent weist der Kanton die höchste negative Wanderungsbilanz der Schweiz auf. Ökonomen führen das auf die «sinkende finanzielle Wohnattraktivität» zurück. Denn Zug rangiert nur noch auf Platz 18 der günstigen Kantone!

Nun wird das Steuerdumping noch verschärft: Der Steuerfuss sinkt in der Stadt Zug von 70 auf 60 Prozent. Dabei wollte der Stadtrat noch 2006 «möglichst lange» an den 70 Prozent festhalten, um damit «für die natürlichen und juristischen Steuerzahler ein zuverlässiger Partner zu sein» (Hans Christen 28. März 2006).

Dieser Steuerfuss war allerdings längst durchlöchernd: Bei einer Obergrenze von 70 Prozent betrug der Rabatt 2001 bis 2003: 5 Prozent, 2004/05: 2 Prozent, und seit 2006

sind es 7 Prozent. Jetzt opfert man die Steuerfussstabilität, angeblich, um die Rabatakrobatik zu beenden. Dabei hofft man in der CVP schon

CONTRA

**Rupan Sivaganesan,
Gemeinderat
Alternative-CSP**



heute, «dass in den kommenden Jahren auch auf einem Steuerfuss von 60 Prozent Rabatte gewährt werden können» (GGR-Protokoll 15. Dezember 2009).

Die Mehrheit der Zuger und Zugerinnen verliert durch den neuen Steuerfuss auf allen Ebenen: Erstens spart sie viel weniger Steuern als Reiche. Zweitens gehen diese paar Fränkli für die zukünftig steigende Miete drauf. Und drittens ist sie direkt betroffen, wenn die Stadt im Sozial- oder Schulbereich spart. Während Superreiche mit dem Steuerköder nach Zug gelockt werden, finden Familien keinen Wohnraum mehr. Jugendliche haben zu wenig Kulturräume. Und Pflegebedürftige finden keinen Platz mehr. Diese Politik des unsozialen Steuerdumpings verdient ein klares Nein.

men. Diese wurden mit den in den letzten Jahren verzeichneten Überschüssen geüffnet und sind zurzeit mit 110 Millionen Franken dotiert. Unter dem Strich ergibt die Steuersenkung plus die Entnahme aus den Reserven schliesslich einen budgetierten Aufwandüberschuss von 21 000 Franken.

Rücktritt

Der Entscheid ist Josef Murer nicht leichtgefallen

Der 55-jährige CVP-Mann aus Baar kehrt nach nur 21 Monaten dem Kantonsrat den Rücken. Und setzt Prioritäten.

«In der Gewissheit, dass sich der Kantonsrat auch in Zukunft gut, seriös und zuverlässig für unsere Gesellschaft einsetzt, kann ich mein bisheriges Mandat mit einem guten Gefühl abtreten», schreibt Josef Murer an seine Partei. Die CVP des Kantons Zug hat gestern in einer Mitteilung den Rücktritt des 55-jährigen Kantonsrats aus Baar bekannt gegeben. Murer zieht sich per Ende März aus dem Parlament zurück, dem er seit Juli 2008 angehört.

«Es ist ihm nicht leichtgefallen», sagt CVP-Fraktionschef Martin Pfister anstelle des Betroffenen selbst, der wegen einer Schulteroperation nicht erreichbar ist. Als Murer sich dem Kantonsratsmandat verschrieb, so Pfister, sei geplant gewesen, dass er sein Amt als Präsident



Seine Kirschen hingen schon tiefer: Josef Murer hat sich für die Vertretung der Bauern und gegen das Kantonsratsmandat für die CVP entschieden.

ARCHIVBILD WERNER SCHELBERT

des Zuger Bauernverbandes im Frühling darauf in andere Hände geben könne. Diese anderen Hände hat der Zuger Bauernverband aber bis heute nicht gefunden. Es sei primär an der Zeitfrage gescheitert, erklärt CVP-Kantonsrat Thomas Rickenbacher (Cham), der im Vorstand des Bauernverbands ist. «Viele Bauern sind auf dem Hof angebunden.» Jene, die bereits ein Amt bekleideten oder ein Mandat pflegten, hätten kaum mehr Kapazitäten. Und schliesslich sei es die Belastung durch das Präsidentenamt an sich, das etwaige Kandidaten abhalte. Kurz: «Es ist nicht ein sehr begehrt Job», sagt er.

Pirmin Frei rückt wohl nach

Josef Murer wird also weiterhin Präsident des Zuger Bauernverbands bleiben, ja im März gar zum Präsidenten des Zentralschweizerischen Bauernbundes gewählt werden. Es sei daher «eine Klärung der Mehrfachbelastung» nötig gewesen, hält seine Partei fest. Murer sei von Anfang an klar gewesen, dass die verbandspolitischen Aufgaben und das Kantonsratsmandat nicht mit einem eigenen Landwirtschaftsbetrieb und der Familie unter einen Hut zu bringen seien. Deshalb habe er sich entschieden, aus dem Kantonsrat auszutreten.

Das bedauert Pfister. «Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass Josef Murer mindestens eine Legislatur bleibt», sagt der CVP-Fraktionschef. Aber er habe Verständnis dafür, dass Murer die Prioritäten bei seinen Verbandstätigkeiten gesetzt habe. «Ich erwarte ja auch, dass sich jemand voll einsetzen kann.» Die Fraktion muss sich nun darauf einstellen, ein neues Mitglied einzuarbeiten. Die Lücke, die der Baarer Landwirt hinterlässt, ist noch nicht geschlossen. Nachrücken könnte Pirmin Frei. Der Jurist und Präsident der CVP-Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG) wird sich in den nächsten Tagen entscheiden. **CHANTAL DESBIOLLES**

ANZEIGE



«Ich sage JA zu einer sicheren und fairen beruflichen Altersvorsorge.»

Am 7. März

Sabine Bollmann
Präsidentin Jungfreisinnige des Kanton Zug

www.faire-renten.ch

zum fairen BVG-Umwandlungssatz

Zuger Komitee «Ja zum fairen Umwandlungssatz für sichere Renten» | Postfach 611 | 6341 Baar

JA